

Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen
Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Nr. 1.

Berlin, den 12. April 1916.

11. Jahrgang.

Gemeindevertreterkonferenz.

Am Sonntag, den 2. April, tagte die zweite Konferenz der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter Groß-Berlins während der Kriegszeit, an der auch der Zentralvorstand des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine teilnahm.

Auf der Tagesordnung stand:

Die Lebensmittelfrage in den Gemeinden.

Der Referent, Genosse Wurm, besprach die Verordnungen und behördlichen Maßnahmen, welche zur Regelung der Lebensmittelfrage getroffen worden sind. Er führte u. a. aus, daß die Gemeinden jetzt oft dafür verantwortlich gemacht werden, wenn in der Lebensmittelversorgung nicht alles klappt. Aber solche Kritik ist unberechtigt, denn die Gemeinden haben nur das zu vollziehen, was ihnen durch die Verordnungen des Bundesrats und des Reichskanzlers auferlegt worden ist. Das Reich hätte eingreifen müssen — wie es die sozialdemokratischen Anträge im Reichstag von Anfang an forderten — mit Zwangsmaßnahmen für den Anbau bestimmter Lebensmittel und Regelung des Verbrauchs durch Beschlagnahme bei den Erzeugern und Ueberweisung an die Verbrauchsverbände. — Die Regierung hat erst die Teuerung ruhig entstehen lassen, in der Absicht, die Volksmassen dadurch zur Einschränkung zu zwingen, und wenn die Teuerung eingetreten war, dann wurden Höchstpreise festgesetzt, die den Agrariern recht waren. Die Rationierung durch das Kartensystem ist bei allen Lebensmitteln zu spät eingetreten. Da die Höchstpreise von Zeit zu Zeit steigen, so halten die Landwirte natürlich ihre Waren so lange wie möglich zurück, und so entsteht zeitweise ein Mangel bei den Verbrauchern, wie wir das in besonders krasser Weise bei den Kartoffeln gesehen haben. Um dem vorzubeugen, haben wir von Anfang an verlangt, daß die Höchstpreise nicht mit der Zeit steigen, sondern fallen. Bezüglich der Kartoffeln soll das ja jetzt geschehen. Ob es wirklich der Fall sein wird, wollen wir abwarten.

Je länger der Krieg dauert, desto mehr wird sich die Lebensmittelfknappheit bemerkbar

machen. Demgegenüber sind die Gemeinden in einer schlechten Lage. Sie haben nicht die Macht, die Erzeuger von Lebensmitteln zum Verkauf zu zwingen. Wenn die Gemeinden nicht genug Lebensmittel zur Verfügung haben, dann kann natürlich auch die Verteilung nicht in ausreichendem Maße stattfinden. Ein Uebelstand ist es, daß die für die verschiedenen Lebensmittel festgesetzten Höchstpreise nicht in dem richtigen Verhältnis zueinander stehen. Die Fleischpreise sind so hoch, daß es für den Landwirt vorteilhafter ist, die Kartoffeln zu verfüttern, anstatt sie auf den Markt zu bringen. Daraus schließen die Agrarier, die Kartoffelpreise müssen erhöht werden. Wir aber sagen, die Fleischpreise müssen herabgesetzt werden. Es ist nach wie vor unsicher, ob wir so viel Kartoffeln bekommen werden, wie die städtische Bevölkerung braucht. Es ist zu bedauern, daß Charlottenburg mit der Kartoffelkarte besonders vorgeht und sich der Groß-Berliner Gemeinschaft, mit der wir bei der Brotkarte die besten Erfahrungen gemacht haben, nicht angeschlossen hat. Wir müssen an der Groß-Berliner Gemeinschaft schon deshalb festhalten, um zu zeigen, daß Groß-Berlin als einheitliches Wirtschaftsgebiet zusammengehört. In Charlottenburg wird darüber gemurmelt, daß das Brotkartensystem zu hohe Kosten verursacht. Es ist richtig, daß diese Kosten verhältnismäßig hoch sind. Aber wir müssen bedenken, daß das für die Gemeinden Kriegskosten sind, die getragen werden müssen im Interesse der ärmeren Bevölkerung. Wir müssen verlangen, daß alle Lebensmittel rationiert werden, also das Kartensystem noch weiter ausgebaut wird, damit man sich nicht stundenlang vor den Läden drängen braucht, um das bißchen Lebensmittel zu bekommen.

Bezüglich der Butterverteilung ist bis in die neueste Zeit nichts geschehen. Von dem Verbrauch an Butter wurden ja nur 13 Prozent durch Einfuhr aus dem Ausland gedeckt. Aber in Groß-Berlin wurden fünf Siebentel des Butterverbrauchs durch die Einfuhr gedeckt. Da diese fehlt, hätte längst eine Regelung der Verteilung stattfinden müssen. Endlich ist ja jetzt die Butterkarte eingeführt, und da haben wir wieder die Groß-Berliner Gemeinschaft. In einer gewissen Presse ist uns zum Vorwurf gemacht worden, daß wir den Kindern unter vierzehn Jahren nur die Hälfte des Quantums der



Z 19346

Erwachsenen und den Kindern unter 2 Jahren gar keine Butter zuteilen. Das soll in gesundheitlicher Beziehung bedenklich sein. Dieser Vorschlag wird uns gemacht, obgleich wir gar nicht anders handeln können, denn so schreibt es die Verordnung des Reichskanzlers vor. Butter und Milch werden noch knapper werden. Das ist eine Folge der Futterknappheit.

Der Redner besprach die Verhältnisse auf dem Fleisch- und Viehmarkt und führte aus, daß uns die Einführung der Zwangssyndikate für den Viehhandel nichts weiter gebracht haben als eine Festsetzung von Höchstpreisen, die den ungebührlich hohen Teuerungspreisen entsprechen. Dann beleuchtete der Redner die sich jetzt bemerkbar machende Zuckerknappheit und zeigte, daß die Heraushebung der Höchstpreise für Rohzucker und Rüben keine Besserung schaffen werde, weil infolge der zu hohen Preise für Hafer und Gerste der Anbau dieser Getreidesorten zugenommen habe, während der Rübenbau um 32 Prozent zurückgegangen sei.

Die angeführten Beispiele — so schloß der Redner — könnten noch vermehrt werden. Ich wollte nur zeigen, daß die Gemeinden nicht in der Lage sind, in der Lebensmittelfrage durchgreifend zu wirken, denn sie können nur tun, was die Regierung ihnen aufbürdet. Alle Absichten, die Lebensmittelfrage im Interesse der großen Masse der Bevölkerung zu regeln, stoßen auf den Widerstand der Agrarier, welche ihren Einfluß auf die Regierung geltend machen. Die Ausschaltung des Zwischenhandels und Übernahme desselben durch die Gemeinden könnte ein wirksames Mittel in der Regelung der Lebensmittelfrage sein. Aber in der Kriegszeit lassen sich die hierzu nötigen Handelsorganisationen nicht aus dem Boden stampfen. Mit dem Verkauf von Lebensmitteln durch die Gemeinden sind deshalb schlechte Erfahrungen gemacht worden. Es ist uns nichts anderes übrig geblieben, als die vorhandenen Organisationen des Kleinhandels unter Kontrolle zu nehmen. Im Frieden müssen wir es durchzusehen versuchen, daß der Kleinhandel mit Lebensmitteln so viel wie möglich Sache der Gemeinden wird. — Für die Versorgung der Bevölkerung in nächster Zeit wird noch die Frage an uns herantreten, ob die Gemeinden Volksküchen einrichten und betreiben sollen. Solche Massenabfütterungen können ja nicht jedem Geschmack Rechnung tragen, aber volkswirtschaftlich sind sie durchaus rationell. — Wie wir uns auch zur Frage des Krieges stellen mögen, wir müssen anerkennen, daß die Gemeinden die Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß der Bevölkerung die Nahrungsmittel zugeführt werden, die ihr gegeben werden können. Das ist notwendig, damit keine Hungersnot eintritt und keine Krawalle stattfinden. Das zu verhindern, liegt in unserem Interesse. Die Knappheit an Lebensmitteln und die Teuerung wird auch nach dem Kriege noch anhalten. Die Versorgung wird also in Permanenz bleiben müssen. Auf

diesem Gebiet haben die Gemeinden eine große Aufgabe zu erfüllen. Die Einrichtung öffentlicher Küchen wird erwogen werden müssen. Wir werden nach wie vor tun, was wir können, um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu regeln. Wir werden aber immer darauf hinweisen müssen, daß die Gemeinden jetzt nur die Vollzugsorgane der Regierung sind und daß sie in ihren Absichten durch den Widerstand der Agrarier gehemmt werden.

Hierauf wurde die Diskussion eröffnet.

Scholz-Neukölln: Wir empfinden es als einen Mangel, daß die Gemeinden, namentlich die sozialdemokratischen Vertreter derselben, so wenig Fühlung miteinander haben. Eine enge Fühlung ist notwendig, damit nicht in derselben Sache in verschiedenen Gemeinden verschiedene Beschlüsse gefaßt werden. In der Kartoffelversorgung wollte Neukölln nicht mit der Groß-Berliner Gemeinschaft gehen, weil es ohne dieselbe die Kartoffeln billiger verkaufen könnte. Soweit darf es nicht gehen, daß durch die Gemeinschaft für eine einzelne Gemeinde die Kartoffeln verteuert werden. Das sage ich im Namen unserer Stadtverordnetenfraktion. Es muß erwogen werden, ob man nicht in der Gemeinschaft eine Preisdifferenzierung für die einzelnen Gemeinden vornehmen kann. Heute ist es so, daß die Bewohner der östlichen Vororte die Preise zahlen müssen, die in den westlichen Vororten mit ihren teureren Preisen üblich sind. So haben wir auf Verlangen von Charlottenburg die höheren Brotpreise bekommen. — Die Bedenken des Referenten bezüglich der Ausschaltung des Zwischenhandels teile ich nicht. Wir haben in Neukölln mit dem Verkauf durch die Gemeinde gute Erfahrungen gemacht. Natürlich in dem beschränkten Maße, wie wir den eigenen Verkauf durchführen konnten. Durch die Ausschaltung des Großhandels mit Mehl haben wir 300 000 Mk. Ueberschuß erzielt. Es lassen sich ja nicht die organisatorischen Einrichtungen schaffen, um die ganze Bevölkerung zu versorgen. Aber wir können doch den Händlern soweit Konkurrenz machen, daß sie die Bevölkerung nicht über das Ohr haufen. Das Beispiel unserer Volksküchen zeigt uns, daß man hierin auch in Kriegzeiten etwas leisten kann. Wir haben diese Einrichtung mit gutem Resultat durchgeführt. Mit dem Vertrieb von Lebensmitteln durch Geschäftsleute haben wir schlechte Erfahrungen gemacht. Sie haben die Konsumenten und zum Teil auch die Gemeinde über das Ohr gehauen. Im Auftrage unserer Fraktion bitte ich um ein einheitliches Zusammenarbeiten unserer Gemeindevertreter von Groß-Berlin, damit in den verschiedenen Gemeinden einheitliche Beschlüsse zustande kommen.

Loosjodzinski-Wilmersdorf betont ebenfalls, daß ein einheitliches Zusammenarbeiten notwendig ist und führt aus, durch das in Spandau eingeführte Bonussystem werde die Verteilung der



Lebensmittel besser geregelt als in anderen Gemeinden.

Kloth-Neukölln bemerkt, daß er gegen das Referat nichts einzuwenden habe. Die Hauptsache sei, daß wir wissen, ob in der Lebensmittelversorgung durch die Gemeinden die richtigen Mittel angewandt werden.

Singe-Berlin: Die Ausführungen des Genossen Scholz waren nicht sehr ermunternd für ein einheitliches Groß-Berlin. Der Einheitlichkeit müssen, wenn nötig, die augenblicklichen Interessen einer einzelnen Gemeinde untergeordnet werden. Das Spandauer System ist nicht so einwandfrei, wie es der Genosse aus Wilmersdorf hinstellt. Auch in Spandau kommt es trotz der dortigen Regelung vor, daß sich die Käufer vor den Geschäften drängen.

Th. Fischer führt gegenüber dem Genossen Scholz aus, daß es nicht am einheitlichen Zusammenarbeiten unserer Gemeindevertreter fehlt. Wir haben ja zu diesem Zweck den Ausschuß der Gemeindevertreter, in dem Berlin sowie die Kreise Teltow-Beeskow und Niederbarnim vertreten sind. Der Ausschuß tritt zusammen, wenn es von den Genossen beantragt wird. Ein solcher Antrag ist aber nur in wenigen Fällen gestellt worden. Die Mitglieder des Ausschusses fehlen zum Teil leider auf dieser Konferenz. Wenn Sonderinteressen der einzelnen Gemeinden vertreten werden, dann leidet die Einheitlichkeit des Zusammenarbeitens natürlich Mangel und so kann auch die Arbeit des Ausschusses nur Stückwerk sein.

Wutzki-Neukölln meint, die sozialdemokratischen Gemeindevertreter Groß-Berlins hätten es am einheitlichen Zusammenarbeiten fehlen lassen. Daran habe auch Fischer durch seine Ausführungen nichts retten können. Der im Verborgenen ruhende Ausschuß der Gemeindevertreter müsse durch eine Organisation ersetzt werden, die ihren Zweck besser erfülle. Ein einheitliches Zusammenarbeiten unserer Vertreter in Groß-Berlin müsse zustande gebracht werden. Dazu sei eine Instanz erforderlich, die nicht erst wartet, bis man an sie herantritt, sondern die sich als leitender Geist betätigt.

Gebert-Charlottenburg tritt ebenfalls für das einheitliche Zusammenarbeiten ein.

Basner-Berlin verteidigt den Ausschuß gegen die Ausführungen der Genossen Scholz und Wutzki und meint, sie hätten doch ihren Ausschußvertreter beauftragen können, eine Sitzung zu beantragen.

Scholz-Neukölln bemerkt, daß der Ausschuß nicht funktioniert habe, deshalb werde die Einsetzung einer anderen Instanz gewünscht, damit zu aktuellen Fragen rechtzeitig Stellung genommen werden könne.

Wurm führt im Schlußwort aus, daß die westlichen Vororte in der Groß-Berliner Ge-

meinschaft nicht ausschlaggebend seien. Wenn Groß-Berlin eine einzige Gemeinde wäre, wie wir es wünschen, dann könnten ja die besonderen Interessen von Neukölln auch nicht in jedem Falle berücksichtigt werden.

Hierauf erfolgte die einstimmige Annahme der folgenden Resolution:

Die sozialdemokratische Gemeindevertreterkonferenz von Groß-Berlin erklärt, daß die Bestimmungen des Bundesrats den Gemeinden nicht die Möglichkeit geben, in ausreichender Weise für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu sorgen. Die Konferenz erwartet, daß die Gemeindeverwaltungen in energischer Weise auf die Reichsregierung einwirken, damit endlich eine gleiche Verteilung der Lebensmittel zu mäßigen Preisen ermöglicht wird.

* * *

Die Konferenz war besetzt von 74 Delegierten. Anwesend waren 12 Berliner Stadtverordnete, 16 Zentralvorstandsmitglieder, 28 Stadtverordnete resp. Gemeindevertreter aus Teltow-Beeskow und 8 Stadtverordnete resp. Gemeindevertreter aus Niederbarnim.

Die Delegierten verteilen sich auf folgende Gemeinden: Adlershof, Alt-Glienice, Britz, Charlottenburg, Coepenick, Eichwalde, Friedenau, Friedrichshagen, Griniaw, Johannisthal, Ketschendorf, Lankwitz, Lichterfelde, Lichtenberg, Mariendorf, Marienfelde, Neukölln, Oranienburg, Reinickendorf, Sachsenhausen, Schöneberg, Steglitz, Stralau, Tempelhof und Wilmersdorf.

Aus dem Zentralvorstand und Aktionsausschuß.

Zentralvorstand.

Sitzung vom 10. März 1916.

Vorstandswahl im vierten Wahlfreize.

Der vierte Wahlkreis hat durch Schreiben vom 6. März d. J. mitgeteilt, daß die Neuwahl des Kreisvorstandes in einer Kreisversammlung vorgenommen worden ist. In den Zentralvorstand sind durch die Konferenz gewählt:

Aktionsausschuß: Paul Hoffmann, G. Varenthin.
Pressekommission: E. Eichhorn, Ch. Gutekunst, G. Müller.

Frauenvertretung: Agnes Fahrenwald.

Revisor: P. Burghardt.

Schiedskommission: Karl Kunze.

Kinderschutzkommission: Martha Demming.

Loalkommission: Karl Kott.

Der Vorsitzende unseres Verbandes, Genosse Ernst, stellt in bezug auf die erfolgte Neuwahl der Zentralvorstandsmitglieder fest, daß die Wahl

nur als ein Provisorium betrachtet werden könne, genau so wie alle übrigen Wahlen, durch welche Genossen als Ersatz für einberufene Zentralvorstandsmitglieder in den Zentralvorstand entsandt worden sind. Rechtmäßige Zentralvorstandsmitglieder müßten nach dem Kreisstatut in einer Generalversammlung gewählt werden. (Im vierten Wahlkreise sogar durch Urabstimmung.) Die Gewählten bedürfen der Bestätigung durch die Verbands-Generalversammlung. Da wir beschloffen haben, Generalversammlungen während des Krieges nicht abzuhalten, und da dieser Beschluß nicht aufgehoben ist, gelten alle Ersatzwahlen nur so lange, bis eine Generalversammlung ordnungsmäßig stattfindet. Von dieser tatsächlichen Feststellung nimmt der Zentralvorstand ohne Widerspruch Kenntnis.

Beschwerde des Berliner Jugend- ausschusses.

Der Berliner Jugendausschuß führte Beschwerde über das Verhalten des sechsten Wahlkreises in der Verwaltung des Jugendheims in der Brunnenstraße. Seitdem die Finanzierung der Heime den Kreisen übertragen ist, hat der sechste Wahlkreis einen obligatorischen Beitrag zur Erhaltung des Jugendheimes eingeführt und auch einen eigenen Vorstand für das Heim gewählt. Er hat den Jugendheimleiter angestellt, und andere Maßnahmen selbständig getroffen, die eigentlich dem Jugendausschuß zur Erledigung bleiben müßten. Der Jugendausschuß wünscht, daß er die Leitung und Aufsicht behält, weil die Jugendheime nicht aus dem Rahmen der allgemeinen Jugendbewegung herausgerissen werden können.

Die Vertreter des Kreises erklärten hierzu, daß keineswegs die Absicht bestehe, dem Jugendausschuß Schwierigkeiten zu bereiten, jedoch müsse sich der Kreis seine Rechte vorbehalten, weil die Mitglieder des Wahlvereins dies verlangen, da sie die Unterhaltung durch Zentralvorstandsbeschluß zu tragen hätten. Mit einer Regelung der Differenzen würde der Kreis einverstanden sein.

Infolge dieser Erklärung beschließt der Zentralvorstand, daß der Jugendausschuß mit dem Vorstand des sechsten Kreises in gemeinsamer Beratung sich verständigt. Zu dieser Sitzung sollen auch die Vertreter des vierten Kreises hinzugezogen werden, damit gemeinsame Vereinbarungen für die Berliner Jugendheime getroffen werden.

Unsere Generalversammlungen.

Die Wahlkreise hatten sich über die Frage zu entscheiden, ob sie die fälligen Generalversammlungen abzuhalten gedenken, oder ob der Beschluß vom 8. Oktober 1914, der von Generalversammlungen während der Kriegszeit absieht, weiter in Kraft bleibt.

Das Resultat der Beschlußfassung ist folgendes: Für Generalversammlungen haben sich entschieden der dritte und vierte Berliner Wahlkreis und Niederbarnim.

Gegen Generalversammlungen sind der erste, der zweite, der fünfte, der sechste Wahlkreis und Teltow-Beeskow.

Die Mehrzahl der Kreise ist demnach gegen Generalversammlungen. Dieser Beschluß ist nach dem Verbandsstatut für alle acht Wahlkreise bindend.

Neue Broschüren.

Vom Parteivorstand werden folgende Broschüren zur Verbreitung unter den Mitgliedern empfohlen:

„Für die Einheit der Partei!“
und

„Sozialdemokratie und nationale Verteidigung!“

Die erste Broschüre legt in warmen Worten den Arbeitern klar, welche Gefahren eine Spaltung der Partei heraufbeschwören würde und wie notwendig die Aufrechterhaltung der Einheit für die Partei und auch für die Gewerkschaften ist.

Die zweite Broschüre weist nach, wie die Sozialdemokratie sich in der Zeit vor dem Kriege zur Frage der Landesverteidigung geäußert hat und zeigt, daß die jetzige Haltung der Partei in dieser Frage mit den früheren Äußerungen übereinstimmt.

Im Zentralvorstand wandten sich einige Genossen gegen die Anschaffung. Man habe jetzt genügend Material, in dem der Standpunkt der Mehrheit vertreten werde. Dies geschehe besonders durch die „Partei-Korrespondenz“ und durch die „Fackel“. Der Zentralvorstand lehnte dann auch die Anschaffung ab.

Für die Anschaffung und Verbreitung stimmten 16, dagegen 24 Genossen.

Schiedsgerichtskommission.

Die Schiedsgerichtskommission hat für den Genossen Melle, der bei der erfolgten Wahl des Vorstandes in der Kreis-Konferenz des vierten Wahlkreises nicht wiedergewählt worden ist, den Genossen Gustav Laukant zu ihrem Obmann gewählt.

Zentralvorstand.

Sitzung vom 22. März 1916.

Auf der Tagesordnung steht:

Die Erhöhung des „Vorwärts“-
Abonnements.

Durch die Steigerung der Preise aller Rohmaterialien sind auch die Zeitungsbetriebe in ganz erheblichem Maße in Mitleidenschaft gezogen worden. Die wichtigsten Druckmaterialien sind

um 100 Proz. im Preise gestiegen. Noch schwerer fällt ins Gewicht, daß die Papierpreise eine Erhöhung um 40 Proz. erfahren haben, die am 1. April in Kraft getreten ist und den Zeitungsbetrieben gewaltige Mehrausgaben aufbürdet.

Für die sozialdemokratischen Zeitungsunternehmen fällt diese Betriebsverteuerung am schwersten in die Waagschale. Während die bürgerlichen Blätter noch große Einnahmen aus den Inseraten zu ziehen vermögen, hat mit der Unterbindung und Einengung des normalen Verkehrslebens der Inseratenteil der sozialdemokratischen Blätter eine erhebliche Einschränkung erfahren. Das Stocken der gesamten öffentlichen Tätigkeit, die Ausschaltung des politischen Lebens hat den Annoncenteil der sozialdemokratischen Presse weiter eingeengt. Der Verein deutscher Zeitungsverleger, dem die Verleger der bedeutendsten bürgerlichen Blätter Deutschlands angehören, hat trotz seiner relativ günstigeren Lage die Ankündigung erlassen, daß die Erhöhung der Papierpreise und die Verteuerung der sonstigen Druckmaterialien sie zu einer Erhöhung des Bezugspreises für die Presse um 20 Proz. nötige. Zahlreiche deutsche Blätter sind zudem bereits früher zu einer Erhöhung des Abonnementspreises geschritten.

Auch eine Konferenz der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Presse, die unlängst stattfand, hat sich einhellig für die Notwendigkeit ausgesprochen, eine Erhöhung des Abonnementspreises eintreten zu lassen.

Eine ganze Anzahl sozialdemokratischer Blätter hat demgemäß schon jetzt zu dieser unbedingt gebotenen Maßnahme schreiten müssen. Aus allen Gauen des Deutschen Reiches sind bereits solche Erhöhungen des Abonnementspreises gemeldet worden. Andere Parteiblätter werden am 1. April folgen müssen. Auch der „Vorwärts“ sieht sich genötigt, von seinen Lesern vom 1. April ab das Opfer einer Abonnementserhöhung zu fordern. Und zwar muß der Bezugspreis des „Vorwärts“ von 1,10 Mk. auf 1,30 Mk. monatlich erhöht werden und dementsprechend das Wochenabonnement von 25 Pf. auf 30 Pf. Redaktion, Verlag und Aufsichtsinstanzen des „Vorwärts“ haben nach sorgfältiger Kalkulation und eingehendster Beratung diese Maßnahme einmütig für unabwendbar erklärt.

Feldabonnements sind jedoch von der Erhöhung ausgeschlossen.

Der Zentralvorstand hat die Anträge der Preßkommission eingehend beraten und die angeführten Gründe als berechtigt anerkannt. Wenn das Erscheinen des „Vorwärts“ nicht ernstlich in Frage gestellt werden soll, bleibt kein anderer Weg übrig als die vorgeschlagene Abonnementspreiserhöhung.

Der Beschluß ist den verantwortlichen Stellen nicht leicht geworden. Aber die Genossen werden bei richtiger Würdigung der Verhält-

nisse begreifen, daß der Beschluß nicht zu umgehen war, daß von den Lesern das Opfer verlangt werden muß.

Die sozialdemokratischen Zeitungen sind kein Objekt der Spekulation. Insbesondere hat der „Vorwärts“ seine Ueberschüsse stets für die Arbeiterbewegung verwandt. Darum ist es auch Pflicht aller Arbeiter, in dieser wirtschaftlich schweren Zeit treu zu ihrem Blatt zu stehen, sich dadurch selbst zu dienen und die Waffen blank und scharf zu erhalten, deren sie jetzt und erst recht nach Friedensschluß bedürfen werden, um ihre Forderungen und Rechte energisch zu vertreten.

Preiserhöhung für die „Neue Zeit“.

Gleichzeitig teilt die Buchhandlung Vorwärts mit, daß der Verlag Diez-Stuttgart die „Neue Zeit“ vom 1. April ab nur noch zu 16 Pf. pro Exemplar abgeben kann, dadurch ist die Buchhandlung gezwungen, 16½ Pf. zu nehmen. Für die Kreise würde sich der Preis einschließlich Fracht und Botenlohn pro Exemplar auf 17 Pf. stellen. Die Kreise werden zu dieser Preiserhöhung Stellung nehmen.

Ausschuß der Stadtverordneten und Gemeindevertreter.

Genosse Basner berichtet, daß der Ausschuß am 15. März eine Sitzung abgehalten hat, um zu der in allen Gemeinden in Aussicht genommenen Erhöhung der Gaspreise Stellung zu nehmen. Die von Neukölln gegebene Anregung, in dieser Frage einheitlich vorzugehen, wurde im Laufe der Erörterung von allen Seiten eingehend geprüft, wie es bereits auch schon im vorigen Jahre geschehen ist. Man überzeugte sich auch jetzt wieder, daß ein einheitliches Vorgehen so lange nicht möglich ist, als in den Groß-Berliner Gemeinden nicht nach demselben Grundsatze verfahren wird. Bis dies nicht der Fall ist, steht der Ausschuß auf dem Standpunkt, daß die Tarifpolitik der städtischen Werke nach den besonderen Verhältnissen jeder Gemeinde gestaltet werden muß. Grundsatz ist jedoch in allen Fällen, daß entsprechend unserem Programm wohl mäßige Ueberschüsse erzielt werden dürfen, daß aber jede sogenannte Ueberschusswirtschaft zu vermeiden ist.

Weiter beschloß der Ausschuß, in nächster Zeit in einer größeren Zusammenkunft die Lebensmittelfrage und die Finanzgebarung der Gemeinden zu besprechen. Diese Besprechung soll gemeinsam mit dem Zentralvorstand stattfinden.

Zentralvorstand.

Sitzung vom 31. März 1916.

Der Vertreter Groß-Berlins berichtet aus dem Parteiausschuß.

Am Montag, den 27. März, fand eine Aussprache über die gegenwärtige Situation in der Partei statt. Am Schluß der Sitzung hat der

Parteiausschuß mit allen gegen 6 Stimmen dem Aufruf „An die Partei“, der in der Parteipresse veröffentlicht ist, zugestimmt.

Außerdem faßte der Parteiausschuß folgende Beschlüsse:

I.

In dem von einer Sondergruppe von Fraktionsmitgliedern geheim beschlossenen Vorgehen des Genossen Haase in der letzten Sitzung des Reichstags und in der Gründung einer besonderen Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Abgeordneter erblickt der Parteiausschuß eine vorbedachte Untergrabung unserer gemeinsamen politischen Tätigkeit für die deutsche Arbeiterschaft in schwerer Zeit. Damit wird das Vertrauen der Massen in unsere Partei aufs schwerste erschüttert. Die Sprengung der Einheit unserer Bewegung ist auch ein schwerer Schlag gegen die Interessen des ganzen deutschen Volkes, dessen Friedenswillen nur durch die folgerichtige Anwendung der bisher von der Partei gewählten Mittel erfüllt werden kann.

Der Parteiausschuß erklärt, daß die Gründung einer zweiten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unvereinbar ist mit den Grundfäden des Organisationsstatuts, das nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion kennt und anerkennt. Der Parteiausschuß erachtet es als eine unabweißbare Pflicht des Parteivorstandes, die sich aus dieser Sachlage ergebenden Folgerungen zu ziehen.

Gleichzeitig verurteilt der Parteiausschuß, daß einige Genossen zu den inneren Parteifragen in bürgerlichen Blättern Stellung nehmen, und bei Erörterung von Zukunftsfragen jetzt Ansichten propagieren, die Verwirrung in die Reihen der Massen bringen.

Der Parteiausschuß empfiehlt, daß der Parteivorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung die Geschäfte der Gesamtpartei bis zum nächsten Parteitag weiter führt.

Dieser Beschluß wurde mit 28 gegen 7 Stimmen gefaßt.

II.

Die Tatsachen, die dem Parteiausschuß bekannt geworden sind, zeigen unzweideutig, daß ein Teil der Parteimitglieder in führender Stellung sich eigene festgefügte Organisationen geschaffen hat, die eigene Beiträge erheben und eigenes Organisationsleben führen mit dem Ziel, die Gesamtpartei zu bekämpfen.

In Übereinstimmung mit den früher gefaßten Beschlüssen erklärt der Parteiausschuß:

In der deutschen Sozialdemokratie gibt es nur eine politische Organisation. Sonderorganisationen müssen zur Parteizerstörung führen. Wer für solche Sonderorganisationen wirkt oder in ihnen Mitglied wird, stellt sich außerhalb der Organisation der Gesamtpartei.

Da die Abhaltung eines Parteitags zur Erledigung der schwebenden Streitfragen während des Krieges unmöglich erscheint, erachtet der Parteiausschuß es als eine Aufgabe des Parteivorstandes, gegenüber den Sonderbestrebungen alle geeigneten Maßnahmen in Anwendung zu bringen, um die Geschlossenheit der Organisation zu wahren.

Die Einleitung und der erste Absatz wurden mit 30 gegen 6, der zweite Absatz mit 28 gegen 6 Stimmen angenommen.

III.

Der Parteiausschuß erklärt, daß er nach unserem Organisationsstatut nur ein gutachtlicher Beirat des Parteivorstandes ist und daß er es daher ablehnt, über das Verhalten der Reichstagsfraktion, die allein dem Parteitag verantwortlich ist, zu Gericht zu sitzen und abzuurteilen.

Dieser Antrag wurde mit 28 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

IV.

Der Parteivorstand wird ersucht, eine Darstellung der Ursachen und der Entwicklung, die zur Spaltung der Fraktion geführt haben, schleunigst herauszugeben, damit die Parteimitglieder im Reich Gelegenheit haben, sich in einwandfreier Weise zu informieren.

Der Antrag wurde gegen 3 Stimmen angenommen.

Der Zentralvorstand

nahm am Freitag, den 31. März, Stellung zu der Beschlußfassung des Parteiausschusses und zu der gegenwärtigen Situation in der Partei. Anwesend waren 61 Mitglieder des Zentralvorstandes, 8 Reichstags- resp. Landtagsabgeordnete und ein Vertreter der Redaktion des „Vorwärts“. 6 Mitglieder des Zentralvorstandes und 4 von den in Groß-Berlin gewählten Abgeordneten fehlten.

Nach einer kurzen Aussprache wurde folgende Resolution in namentlicher Abstimmung angenommen:

Der Zentralvorstand des Verbandes der Sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins verurteilt scharf das Verhalten der Fraktionsmehrheit in der Reichstagsitzung vom 24. März, zu dem die Rede des Genossen Haase nicht die mindeste Veranlassung bot. Auch der Vorwurf des Disziplin- oder Treubruchs ist durchaus unberechtigt; nachdem die Fraktionsmehrheit abgelehnt hatte, den Parteivorstehenden Haase als Fraktionsredner für die allgemeine politische Debatte zuzulassen, konnte die Fraktionsminderheit mit Recht befürchten, mundtot gemacht zu werden. Daß die Fraktionsmehrheit Genossen Haase mit gehässigen Zwischenrufen unterbrach, ihn unter dem tosenden Beifall der bürgerlichen Feinde des Proletariats am Weiterreden hinderte und schließlich teilweise sogar für Wortentziehung stimmte, muß daher als gräßliche Verletzung der parteigenössischen Pflichten bezeichnet werden.

Der Zentralvorstand billigt die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und verpflichtet sich, sie tatkräftig und in jeder Weise zu unterstützen. Nach der Aberkennung der Fraktionsrechte war die Schaffung einer von der Fraktionsmehrheit unabhängigen parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft das einzige Mittel, den gemäßregelten sozialdemokratischen Abgeordneten die pflichtgemäße Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse zu ermöglichen.

Der Zentralvorstand erwartet von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, daß sie unbeeinträchtigt um Angriffe und sinnlose Verdächtigungen sich energisch freimacht von allen . . . Hemmungen und allein die . . . Nichtsjnux ihres Handeins sein läßt.

Der Zentralvorstand verurteilt aufs allerstärkste die Art, wie Genosse Haase aus dem Parteivorstand gedrängt wurde und spricht der Mehrheit des Parteivorstandes das Recht ab, den Vorsitzenden zur Niederlegung des ihm von der Gesamtpartei übertragenen Amtes zu nötigen.

Der Zentralvorstand richtet an die Kontrollkommission das Ersuchen, Genossen Haase wieder zum Vorsitzenden der Partei zu wählen. — Von Genossen Ernst erwartet er, daß er in diesem Sinne in der Kontrollkommission wirkt."

Die Abstimmungsliste wird auf Beschluß des Zentralvorstandes veröffentlicht.

Für die Resolution stimmten vom Zentralvorstand: Karl Petermann, Mathilde Burn, Paul Hoffmann, Wilhelm Jöchel (für Varenthin), Paul Binting (für Leid), Hermann Müller, Richard Herbst, Minna Reichert, Paul Zeller (für Scholz-Renköln), Otto Glöckner, Emilie Brühl, Ernst Däumig, Martha Demming, Paul Burghardt, Justin Braun, Emil Eichhorn, Gustav Müller (Berlin III), Ch. Gutekunst, Agnes Fahremwald, Adolf Wader, A. Lehle, Oskar Wiske, Johanna Ludewig, Rosa Luxemburg, Albert Dehmigen, Paul Jakob, Karl Kunze, Eugen Hofmann, Karl Rott, Karl Rohr, Ernst Werkmann, Anna Kiesel, Fritz Zimmermann, Ernst Andree, Hermann Weise. Insgesamt 35 Genossen.

Von den Abgeordneten: Otto Büchner, Georg Ledebour, Fritz Zubeil, Artur Stadthagen, Heinrich Ströbel, Adolf Hoffmann. Insgesamt 6 Genossen und Hans Weber als Vertreter der Redaktion des „Vorwärts“.

Gegen die Resolution stimmten vom Zentralvorstand: Eugen Ernst, Theodor Fischer, Emil Boeske, Heinrich Schröder, August Bohl, Franz Thurov, Adam Vittorf, Albert Sahnisch, Emil Basner, Richard Weimann, Alex Bagels, Julius Meyer, M. Wardin, Heinrich Umlauf, Fritz Wolf, Hermann Radtke, A. Stieffenhofer, Julius Jänicke, Elfriede Rhynek, Franz Lucht, Gustav Schmidt, Alexander Fröhlich, Kaspar Wenzel, Karl Aboldt, Otto Wels, Richard Fischer. Insgesamt 26 Genossen.

Von den Abgeordneten: Robert Schmidt, Otto Braun. 2 Genossen.

Zusammen stimmten für die Resolution 42, dagegen 28 Genossen.

Am Erscheinen verhindert waren vom Zentralvorstand: Gustav Laufant, Fritz Schäfer, Hermann Elias, Gustav Müller (Berlin IV), Salomon Joseph, Robert Wengels.

Von den Abgeordneten: Wilhelm Pfannkuch, Konrad Haenisch, Paul Hirsch, Karl Liebknecht.

* * *

Nachträglich erklärten von den fehlenden Genossen ihre Zustimmung zu der Resolution: Gustav Müller (Berlin IV): Gustav Laufant, Salomon Joseph und Landtagsabgeordneter Hofer.

Gegen die Resolution erklärten sich nachträglich die Landtagsabgeordneten Hirsch und Haenisch.
Der Vorsitzende brachte folgendes

Protestschreiben,

das 20 Mitglieder des vierten Kreises unterzeichnet haben, zur Verlesung:

Berlin, den 15. März 1916.

An den
Zentralvorstand der Sozialdemokratischen Partei
Groß-Berlins.

Werte Genossen!

Die unterzeichneten Mitglieder des 4. Berliner Wahlkreises halten es für ihre Pflicht, dem Zentralvorstand folgendes zu unterbreiten:

In der Kreiskonferenz vom 7. Februar 1916 haben die Funktionäre des 4. Kreises beschlossen, Neuwahlen des Gesamtvorstandes vorzunehmen. Der Aktionsausschuß hatte aber am 8. Oktober 1914 einen Beschluß gefaßt, wonach während des Krieges Neuwahlen nicht stattfinden sollten. Nur für die im und durch den Krieg entstandenen Lücken sollte Ersatz geschaffen werden. Diesem Beschluß des Aktionsausschusses hat der Zentralvorstand und haben seinerzeit auch alle Kreise zugestimmt.

Dieser Beschluß besteht also auch heute noch für alle Kreise und somit auch für den 4. Wahlkreis. Ein dahingehender Einwand wurde aber mit der Bemerkung abgetan, daß man sich jetzt im Kriege nicht nach Beschlüssen richten könne.

Weiter müssen nach dem Kreisstatut die Vorstandswahlen durch **Urwahlen** vorgenommen werden. Auch darüber hat man sich hinweggesetzt, und in der Kreiskonferenz vom 5. März 1916 haben die Funktionäre die Neuwahl vollzogen. Der Kreiskonferenz sind weder im Statut noch in den „Ausführungsbestimmungen“ irgendwelche Aufgaben und Rechte zugewiesen — sie dient in der Regel nur zur Information der Funktionäre. Am allerwenigsten kann ihr das Recht der Vorstandswahl zugesprochen werden, zumal eine große Anzahl von Funktionären in der Kriegszeit selbst nur ihr Amt „in Vertretung“ führen bzw. „ernannt“ worden ist.

Ferner sind nach dem Verbandsstatut die Mitglieder des Zentralvorstandes nur in der **Verbandsgeneralversammlung** zu wählen bzw. zu bestätigen. Die neugewählten Mitglieder zum Zentralvorstand aus dem 4. Kreis können demnach vom Zentralvorstand gar nicht anerkannt werden.

Der Zweck der ganzen Aktion war der, einige Genossen, die auf dem Standpunkt der Fraktionsmehrheit stehen, aus dem Vorstand zu entfernen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat man sich nicht geschert, alle von der Organisation selbst geschaffenen Bestimmungen niederzutrapeln, Treu und Glauben unter den Genossen zu vernichten. Mit der Maßregelung der Genossen, die auf dem Boden der Mehrheit stehen, glaubte man wohl auch das freie Verfügungsrecht über die Gelder der Organisation erlangt zu haben. So sind bereits 50 Mk. für Sonderzwecke verwandt worden, trotzdem man angeblich wegen Mangel an Mitteln seit August 1915 keine Gelder mehr an den Zentralvorstand abführen konnte.

Weiter wollen wir dem Zentralvorstand unterbreiten, daß die **Vierteilsführer**, die zugleich **Beisitzer** im Vorstand sind, regelmäßige **Propaganda-**

Schriften und **Sammellisten** für die sogenannte Opposition an die Abteilungs- und Bezirksführer ausgeben und Gelder einziehen. Die Parteimitglieder sind der irrthümlichen Auffassung, daß diese Schriften und Sammellisten von der Parteileitung herausgegeben werden, währenddem, wie ja dem Zentralvorstand bekannt ist, diese Aktionen von einer Gruppe **unverantwortlicher** Personen veranlaßt werden. Niemand weiß in der Partei, wie die von den Parteigenossen gesammelten Gelder verwaltet und verwendet werden. Niemand weiß, wer diese Sonderaktionen veranlaßt. Niemand weiß, wer die Propagandaschriften herausgibt. Die Organe der Partei werden hier von Vorstandsmitgliedern in unverantwortlicher Weise zu Sonderzwecken benutzt, die die ganze Parteiorganisation in Gefahr bringt.

Wir erheben deshalb Protest beim Zentralvorstand, daß

erstens der 4. Kreis entgegen dem Beschluß der Berliner Parteiorganisation Neuwahl vorgenommen hat; daß

zweitens bei dieser Wahl das Kreisstatut übergangen und nicht die Mitglieder, sondern die Funktionäre den Vorstand gewählt haben; daß

drittens vom Vorstand des 4. Kreises Gelder aus Parteimitteln für Zwecke bewilligt worden sind, die mit den **Zielen und Aufgaben des Wahlvereins nicht zu tun haben**; daß

viertens von den Viertelführern Flugschriften und Sammellisten der sogenannten Opposition an die Parteimitglieder ausgegeben und Gelder eingezogen werden.

Wir erwarten, daß der Zentralvorstand diesem organisationschädigenden Treiben sofort Einhalt gebietet. Denn dieses ganze Gebaren muß zur Zerrüttung der Partei und damit zu einer Schwächung der Arbeiterklasse führen.

(Unterschriften.)

Da der Zentralvorstand sich in seiner Mehrheit auf den Standpunkt der „Arbeitsgemeinschaft“ gestellt hat und somit das Vorgehen derselben unterstützt, wird der Protest nicht weiter verhandelt, sondern durch die Bekanntgabe als erledigt angesehen.

Die neuen Steuervorlagen

wurden am Dienstag, den 21. März, in allen Berliner Wahlkreisen und in einer Anzahl Ortsvereinen der Vororte in Mitgliederversammlungen besprochen. Referenten waren die Berliner Reichstags- und Landtagsabgeordneten.

Im **ersten Berliner Wahlkreis** hielt Landtagsabgeordneter **Paul Hirsch** den Vortrag. Seine vom sozialistischen Geiste getragene Behandlung des Themas fesselte die Hörer bis zum letzten Augenblick. Er schloß seinen Vortrag mit einem Ausblick in die Zukunft und dem Wunsche, daß die Zeit nach dem Kriege eine einige und geschlossene Partei vorfinden möge. Starker Beifall folgte seinen Ausführungen.

In der Versammlung des **zweiten Kreises** betonte Genosse **Richard Fischer** in der Einleitung

seines Vortrages, daß in den letzten 20 Monaten fast keine Möglichkeit bestand, innerpolitische Fragen von so eminenter Bedeutung in der Öffentlichkeit zu behandeln. Der Redner nahm dann auch die seltene Gelegenheit wahr und verpflichtete mit Sachkenntnis und Temperament das ganze Steuerbuckett der Regierung und wies unter vollster Zustimmung der Anwesenden auf die Unmöglichkeit hin, mit solchen Steuern den Reichsfinanzen wieder auf die Beine zu helfen.

Der **dritte Wahlkreis** hielt seine Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. Genosse **Heinrich Ströbel** hielt unter lebhaftem Beifall seinen instruktiven Vortrag, dem die Versammelten mit größter Aufmerksamkeit folgten.

Im **vierten Wahlkreise** schilderte Genosse **Büchner** unter ungeteilter Aufmerksamkeit der Versammlung den Einfluß des Krieges auf die wirtschaftlichen Verhältnisse. Nach einer Beleuchtung der Steuervorlagen vertrat der Redner unter lebhaftem Beifall den Standpunkt: die durch den Krieg notwendig gewordenen neuen Steuern müssen so gestaltet werden, daß sie den Wohlhabenden und Reichen, besonders den durch Kriegsgewinne Bereicherten, nicht aber den schwer um ihre Existenz ringenden Volksmassen auferlegt werden.

Vor einer stattlichen Zahl von Mitgliedern des **fünften Reichstagswahlkreises** hielt Genosse **Robert Schmidt** das Referat. Redner kam nach einer sachkundigen Kritik der Steuervorlagen zu dem Schluß, daß unsere Aufgabe nicht nur in der Kritik der Regierungsvorlagen bestehe, sondern wir müßten auch darlegen, welche anderen Steuerpläne in Frage kämen, um die durch den Krieg verursachten Ausgaben zu decken. Diese Aufgabe ist nicht leicht. Um jedoch das durchzuführen, was im Interesse der Arbeiterschaft notwendig sei, müsse unsere Partei einig und geschlossen zusammenstehen. Dann werde auch unser Weg vorwärts und aufwärts führen.

Der Vertreter des **sechsten Reichstagswahlkreises**, Genosse **Leclercq**, behandelte in den „Germania-Sälen“ die brennend wichtige Frage der Steuern vor überfülltem Hause. Mit zwingender Logik wies er an Hand der Tatsachen nach, daß die neuen Steuerentwürfe in der heutigen Form nimmermehr die Zustimmung der breiten Volksmassen finden könnten.

In **Neukölln** fanden drei Versammlungen statt. Die Leiter der Versammlungen gaben zunächst die Schwierigkeiten bekannt, welche bei Abhaltung dieser Versammlungen überwunden werden mußten.

In den „**Passage-Festsälen**“ waren zirka 600 Personen, größtenteils Frauen, zusammengekommen, um den Abgeordneten ihres Kreises, den Genossen **Zubeil**, zu hören. Der Redner kritisierte die neuen Steuerforderungen, er bezeichnete sie als ein schlechtes Steuerbuckett, das für die Sozialdemokratie unannehmbar sei.

Im „**Karlsgarten**“ sprach Genosse **Giehorn** ebenfalls gegen die Steuerforderungen. Redner erläuterte in sachlicher Weise die einzelnen Steuern und ihre voraussichtliche Wirkung. Diese Versammlung war von zirka 300 Personen besucht.

In der **Anebeckstraße** nahmen auch zirka 300 Personen an der Versammlung teil. Genosse **Braun** hatte hier das Referat.

In allen Lokalen zeigten die Versammlungsteilnehmer eine starke Mißstimmung gegen die geplanten Steuern, und manch unnutziges Wort über die drohende Mehrbelastung des Volkes wurde aus den Reihen der Besucher hörbar.

In **Lichtenberg-Stralau** hatte Genosse **Stadthagen** das Referat. Er unterzog das Steuerbudget der Regierungsvorlage einer eingehenden Kritik und wies den kulturfeindlichen und unsozialen Charakter der Verkehrs- und Tabaksteuer nach. Die Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten diesen indirekten Steuern gegenüber könne unserem Programm entsprechend nur eine ablehnende sein. Die Kriegsgewinne seien in der Vorlage viel zu niedrig getroffen. Eine nochmalige Erhebung des Wehrbeitrages würde mit Leichtigkeit die geforderten 500 Millionen ergeben. Zu fordern sei nur stärkere Heranziehung der Besitzenden durch Reichsvermögens- und Erbschaftsteuer.

Außer diesen Versammlungen fanden noch solche in **Charlottenburg**, in **Schöneberg** und **Pankow-Niederschönhausen** statt. Als Referenten fungierten in diesen Versammlungen die Genossen **Adolf Hoffmann**, **Emanuel Barm** und **Dr. Herzfeld**. Störende Zwischenfälle wurden aus keiner dieser Versammlungen gemeldet.

In **Ablershof** fand an einem späteren Termine eine Versammlung statt. Hier referierte ebenfalls Genosse **Giehorn**. Die Versammelten waren sich darin einig, daß eine neue indirekte Besteuerung des notleidenden Volkes den stärksten Protest herausfordert.

Gemeindewahlen.

Die diesjährigen Gemeindewahlen in den Kreisen **Teltow-Beeskow** und **Niederbarnim** sind im Zeichen des Burgfriedens in aller Stille vor sich gegangen. An dem Besitzstand der einzelnen Parteien hat sich wenig geändert. Vielfach sind Vereinbarungen getroffen, die jeder Partei die bisherigen Mandate garantieren. Die Beteiligung war infolge der vielen Einberufungen im allgemeinen gering. Das auch sonst nicht allzu rege Interesse hat sich durch die Kriegswirren noch verringert. Soweit wir die Berichte verfolgen konnten, geben wir hier eine kurze Uebersicht:

In **Ablershof** wurde unser Genosse **Schwarzlose** mit 332 Stimmen gewählt. Gegnerische Stimmen wurden nicht abgegeben.

Bohnsdorf. In der dritten Klasse wurde Genosse **Buchbinder Paul Schiffke** mit 97 Stimmen gewählt.

In **Vorsigwalde-Bittenau** wurden 200 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Genosse **Kabel 168**, der Gegner 30 Stimmen, für ungültig wurden 2 erklärt.

Brit. Unsere Kandidaten wurden mit je 217 Stimmen gewählt. Gegnerische Kandidaten waren nicht aufgestellt.

In **Buchholz** wurde Genosse **Soost** gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

In **Friedenau** sind die Genossen **Paul Richter** und **Ferd. Paasche** gegen eine Stimme wiedergewählt.

Friedrichsfelde. In der dritten Abteilung sind unsere Genossen **Dehler** und **Bachnicka** gewählt worden. Gegnerische Kandidaten waren nicht aufgestellt.

Friedrichshagen. Bei der stattgefundenen Wahl der 3. Klasse wurde unser bisheriger Vertreter, Genosse **Otto Barth**, mit 170 Stimmen wiedergewählt.

In **Glienick** wurde der Genosse **Karl Bethke** (Angeessener) mit 24 Stimmen gewählt. Durch diesen Mandatszuwachs ist nummehr die 3. Abteilung ganz aus Vertretern der Sozialdemokratie zusammengesetzt.

Hohenschönhausen. Bei der vollzogenen Stichwahl zur Gemeindevertretung wurde **Fabrikbesitzer Frohloff** mit 170, Genosse **Max Thiele** mit 167 Stimmen gewählt. Der bürgerliche Kandidat erhielt 165, Genosse **Ferd. Krause** 162 Stimmen.

Hermsdorf. Bei der stattgefundenen Gemeindevahl wurden die Genossen **Bruno Hagen** (Angeessener) und **Rudolf Prießmeier** mit je 105 Stimmen neu- resp. wiedergewählt. Der Gegenkandidat erhielt 8 Stimmen.

Johannisthal. Bei der Ersatzwahl zur Gemeindevertretung wurden in der 3. Klasse die Genossen **Radunke** und **Birsich** mit 151 bzw. 149 Stimmen wiedergewählt. Gegnerische Kandidaten waren nicht aufgestellt.

In **Kaulsdorf** ist Genosse **Friedrich Hempel** mit 50 Stimmen gegen 2 gegnerische Stimmen gewählt worden.

In **Lankwitz** übten unsere Genossen Stimmenthaltung.

Mariensfelde. Es wurden gewählt in der dritten Klasse **Gastwirt Wilhelm Mannß**, Genosse **Fritz Greulich**. Die Beteiligung war sehr gering, es wurden nur 113 Stimmen abgegeben.

Neuenhagen. Es wurden die Parteigenossen **Karl Arndt** und **Wilhelm Buggert** gegen 3 Stimmen wiedergewählt.

In **Mariendorf** wurden die Genossen **Paul Weber**, **Reinhold Geiseler**, **Hugo Eberlein** und **Hermann Waldheim** mit 387, 380, 382 und 378

Stimmen gewählt. Die Kandidaten der Hirsch-Dunderschen Vereine mußten sich mit 3 Stimmen begnügen.

Reinickendorf. Unsere Genossen wurden ohne Gegenkandidaten gewählt: im 1. Bezirk Genosse Monkowski, im 2. Bezirk die Genossen Göpfner und Zeising, die je 244 Stimmen erhielten.

Steglitz. Bei der Gemeindevahl wurde folgendes Resultat erzielt: Im 1. Bezirk der dritten Klasse wurde Genosse Frik Hamburg ohne Gegenkandidaten mit 73 Stimmen wiedergewählt, während im 2. Bezirk die bürgerlichen Kandidaten Häusler und Winkler sogar mit nur 34 Stimmen ihre Mandate „erobern“ konnten. Gegenkandidaten waren auch dort nicht aufgestellt worden.

Stralau. Unser bisheriger Vertreter Ferdinand Aschendorf wurde mit 109 Stimmen wiedergewählt. Die Vertreter der zweiten und ersten Klasse ziehen ausgerüstet mit dem Vertrauen von 9 bzw. 1 Stimme aufs neue in das Dorparlament ein.

Schönow. In der dritten Klasse wurde Genosse Mende mit 34 Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat erhielt 10 Stimmen. Die Sozialdemokratie verfügt jetzt über 4 Mandate.

Tegel. Die Ergänzungswahlen hatten folgendes Ergebnis: Im 2. Wahlbezirk der 3. Abteilung wurden 200 Stimmen abgegeben, davon erhielt 186 Stimmen Genosse Karl Radunz, unser bisheriger Vertreter; auf die gegnerischen Kandidaten fielen 13 Stimmen und 1 Stimme war ungültig.

In **Tempelhof** wurden die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Gegenkandidaten waren nicht aufgestellt.

Treptow-Baumshulenbergweg. Im ersten Wahlbezirk wurde der in Ermangelung eines Hausbesitzers aufgestellte Kandidat Herr Architekt Adolf Kröbel mit 65 Stimmen von unseren Genossen gewählt.

Im 2. Wahlbezirk erhielt der Genosse Josef Hartmann 122 Stimmen. Gegnerische Stimmen wurden nicht abgegeben.

Wildau-Hoherlehme. Unser Genosse Otto Schumann ist mit 75 Stimmen wiedergewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Jugendbewegung.

Die Zeit der Schulentlassung ist herangerückt, und wieder treten Tausende junger Arbeiterkinder in das Erwerbsleben ein.

Allen Arbeitereltern wird daran gelegen sein, der geistigen Weiterbildung der Schulentlassenen die Wege zu ebnen, ihnen für ihre freie Zeit möglichst wertvolle Unterhaltung und Anregung zu verschaffen. Wir richten daher an die

erwachsene Arbeiterschaft die Mahnung, ihre schulentlassenen Söhne und Töchter der Jugendbewegung zuzuführen und für sie die „Arbeiterjugend“, das berufene Organ für die Interessen der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, zu abonnieren. Der Bezugspreis derselben beträgt 20 Pf. pro Monat. Bestellungen werden entgegengenommen bei **Emil Voeseke**, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, 4. Hof links 3 Treppen.

Die freie Jugendbewegung hat sich auch in den Nöten der Kriegszeit als die Führerin und Beraterin der arbeitenden Jugend bewährt. Tausende von jungen Leuten wissen ihr dafür Dank. Sie gewährt allen Jugendlichen Rat und Freundschaft, wirtschaftlichen Schutz und Beistand bei etwaigen ungeschicklichen Uebergriffen der Meister und Unternehmer, Gelegenheit zur sportlichen Betätigung, zu frisch-fröhlichem Wandern; sie vermittelt ihnen reiche Anregung und Belehrung sowie freundschaftlichen Umgang mit gleichgesinnten-Alterskameraden und Kameradinnen.

Besonders zu empfehlen ist allen Jugendlichen der Besuch der **Jugendheime**. Hier finden sie willkommene Unterhaltung und Belehrung. Die **Zahlabendeleiter** werden gebeten, alle Parteigenossen und Genossinnen, die schulentlassene Söhne und Töchter haben, auf die Jugendbewegung und Heime aufmerksam zu machen. Die letzteren befinden sich:

- Berlin: N., Brunnenstr. 70,
D., Große Frankfurter Str. 123.
- Ablershof: Bismarckstr. 31.
- Baumshulenbergweg: Ernststr. 24.
- Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Friedrichshagen: Scharnweberstr. 59, Hof pt.
- Johannisthal: Friedrichstr. 63.
- Köpenick: Grünauer Str. 7.
- Lichtenberg: Doffestr. 22.
- Oberschöneweide: Marastr. 2.
- Pantow: Maximilianstr. 43a.
- Rosenthal: Fontänenstr. 10.
- Reinickendorf-Ost: Hoppestr. 32.
- Reinickendorf-West: Bachholberstr. 44.
- Steglitz: Kniephoffstr. 59.
- Tegel: Bahnhofstr. 15 (im Hause des Tegeler Konsumvereins).
- Tempelhof-Mariendorf: Kaiser-Wilhelm-Str. 76.
- Treptow: Graehstr. 64.
- Weißensee: Gäblerstr. 46.
- Wilmsdorf: Mannheimer Str. 51.

Die Heime sind — mit wenigen Ausnahmen — geöffnet: wochentags von 6—10 Uhr, Sonntags von 4—10 Uhr abends. Ihre Besichtigung ist auch Erwachsenen gern gestattet.

Darum auf, Parteigenossen und Genossinnen, unterstützt nach Kräften die freie Jugendbewegung! Zahlt gern und freudig Euer Scherlein für die Aufrechterhaltung der Heime!

Auskunft in allen Fragen, die die Jugendbewegung und den Jugendschutz betreffen, wird

erteilt im Jugendsekretariat Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, 4. Hof links 3 Tr. (Fernsprecher Moritzplatz 4740/41; Geschäftszeit 9—5, Mittwochs und Freitags 9—1 und 1½6—1½9 Uhr abends.)

Akademische Unterrichtskurse für Arbeiter.

Die „Akademischen Unterrichtskurse für Arbeiter“, die auf ein mehr als zehnjähriges Bestehen zurückblicken, verfolgen auch in dieser Zeit ihr Ziel, Männer und Frauen, die nicht mehr die Fortbildungsschule besuchen können, in den elementaren Unterrichtsfächern auszubilden. Vor allem sollen die Hörer richtig schreiben, sprechen und rechnen lernen; doch sollen zur Erweiterung der Kenntnisse besondere Kurse in Literatur und Erdkunde sowie Vorträge und Führungen dienen. Der Unterricht wird wie bisher von Studierenden der Berliner Hochschulen erteilt.

Wir möchten noch besonders darauf hinweisen, daß im Sommer das frühere Unterrichtslokal in der Friedrich-Werderischen Oberrealschule, Niederwallstr. 12, wieder eröffnet wird.

Jeder Kursus findet wöchentlich einmal in den Abendstunden von 8—10 Uhr statt. Die Anmeldungen werden in den folgenden Unterrichtslokalen von 8—10 Uhr entgegengenommen:

1. im Zentrum: Gemeindegemeinschaft Gipsstraße 23a, nahe dem Bahnhof Börse, am 26. und 29. April;
2. im Zentrum: Geschäftsstelle des Vereins, Dorotheenstr. 49, Quergebäude parterre, am 28. April;
3. im Osten: Fortbildungsschule Langestr. 31, am Schleißischen Bahnhof, am 27. April;
4. in Neukölln: Realgymnasium Kaiser-Friedrich-Straße 208/210, in der Nähe des Hermannplatzes, am 26. Oktober.

Am Sonnabend, den 29. April, findet in der Aula Gipsstr. 23a um 8 Uhr eine allgemeine Hörerverammlung statt, in der über den Unterricht nähere Mitteilung gemacht wird. In dieser Versammlung werden auch noch Anmeldungen entgegengenommen.

Bei der Anmeldung ist eine einmalige Gebühr von 50 Pf. für den Besuch jedes Kurses sowie 30 Pf. für Lehrmittel zu entrichten.

Jede Stufe dauert ein halbes Jahr.

Unterrichtsbeginn: 1. Mai. — Unterrichtschluß: Anfang August.

Neuer Samariterkursus.

Die Kolonne Berlin des Arbeiter-Samariterbundes hat die Winterkurse mit der Prüfung der Teilnehmer abgeschlossen.

Der prüfende Arzt konnte allen 30 Prüflingen das Zeugnis ausstellen, nimmere als vollgültige Mitglieder der Kolonne, insbesondere für die Arbeiterchaft und die Allgemeinheit, tätig zu sein, wo sich ihnen Gelegenheit dazu bietet.

Trotzdem der größte Teil der männlichen Mitglieder der Friedensarbeit entzogen ist, war es der Leitung der Kolonne doch möglich, den Kursus durchzuführen.

Der Zweck unserer Kurse ist genügend bekannt. Sie sollen allen Arbeitern und Arbeiterinnen Gelegenheit bieten, ihr Wissen auf dem Gebiete der Bekämpfung der Gesundheitschädigungen und Verletzungen zu bereichern.

In einer Zeit, wo leider so viele Leben und Gesundheit opfern mußten, haben die Zurückgebliebenen die Pflicht, die Opfer des Schlachtfeldes der Industrie auf das geringste Maß zu beschränken. Krankheiten und Verletzungen zu verhüten ist wichtiger, wie sie zu heilen.

Ist aber ein Unglück passiert, so ist es Pflicht jedes Menschen, helfend einzuspringen, bis weitere ärztliche Hilfe beschafft werden kann. Dieser sozialen Pflicht darf sich niemand entziehen. Der Erkrankte hat ein Recht, diese Nächstenhilfe vom Gesunden zu fordern, dazu ist aber ein genügendes Maß an Samariterkenntnissen erforderlich, um die leider noch vielfach geübten Quacksalbereien und Vielerei zu unterlassen und den Verletzten oder Erkrankten vor weiteren Schädigungen zu bewahren.

Der am 3. April, abends 8½ Uhr, im Vereinshaus Köpenicker Straße 62, begonnene Kursus bietet Gelegenheit, die Grundregeln der ersten Hilfeleistung zu erlernen und in den Grundzügen der Kranken- und Gesundheitspflege unterrichtet zu werden. Wer beabsichtigt, an den Kursus teilzunehmen, wolle sich in dem benannten Lokal einfinden. Der Unterricht beginnt mit der Beschreibung vom Bau des menschlichen Körpers, dem im Laufe des Kursus weitere Vorträge über alle Arten von Verletzungen und Verbandübungen folgen.

Wegen weiterer Auskunft wende man sich an den Vorsitzenden Gustav Dietrich, Berlin NW. 23, Klopstockstr. 25.

Aus den Kreis-Wahlvereinen.

Vierter Wahlkreis.

Die Wahl des Vorstandes, der Kommissionen und der Mitglieder zum Zentralvorstand für Groß-Berlin hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender B. Hoffmann, 2. Vorsitzender A. Hoffmann, 1. Kassierer S. Barentzin, 2. Kassierer W. Jöchel, 1. Schriftführer W. Thiem, 2. Schriftführer Margarete Bengels, als Beisitzerin Agnes Fahrwald; Viertelstführer: für das Görlicher Viertel P. Laaser, für das Köpenicker Viertel

N. Sinner, für das Frankfurter Viertel G. Rosen- berg, für das Stralauer Viertel Ch. Gutekunst, für das Petersburger Viertel D. Waleffe, für das Landsberger Viertel Fr. Rader. Als Revisoren wurden gewählt Max Demming, C. Gerntz, E. Klein, Fr. Kupferschmidt, G. Drlowski, W. Borchert. In die Beschwerdef Kommission wurden gewählt Fr. Midam, C. Lode, G. Franz, B. Kupisch, G. Langner, D. Markan, Elisabeth Strauß. In den Jugendausschuß wurden ge- wählt C. Köhler und E. Grün. In den Aktions- ausschuß wurden gewählt P. Hoffmann und S. Varenthin; in die Preßkommission C. Eich- horn, Ch. Gutekunst, G. Müller; in die Lokal- kommission R. Kott; in die Schiedskommission R. Kunze; als Revisor für Groß-Berlin P. Burg- hardt; als Vertreterin der Frauen Groß-Berlin Agnes Fahrenwald; in die Kinderschutzkommission für Groß-Berlin Martha Demming. B.

Sechster Wahlkreis.

Anläßlich des in Berlin N 58 neu errichteten Fernsprechanlages „Humboldt“ wird voraussichtlich Mitte Mai unser Fernsprechananschluß „Norden“

2137 auf Amt Humboldt 2137 umgeschaltet wer- den. Der Tag der Inbetriebnahme wird später bekanntgegeben. M.

Monatsbeiträge für März 1916.

1. Kreis	—,—
2. "	—,—
3. "	150,—
4. "	100,—
5. "	—,—
6. "	—,—
Teltow-Beeskow	400,—
Niederbarnim	—,—
Diverse:	
Gutenberg	10,—
Repfow	3,—
Kinderschutzkommission:	
Dr. Landau, Wandlitz	5,—